



NIEDERSCHRIFT

Gremium	Bauausschuss
Sitzungsnummer	Bau/021/2013
Datum	Dienstag, den 21.05.2013
Sitzungsbeginn	18:05 Uhr
Sitzungsende	20:15 Uhr
Sitzungsort	Plenarsaal des Neuen Rathauses (1. OG)

Anwesend:

vom Gremium

Herr Bernhard Noack	Ausschussvorsitzender	CDU
Frau Martina Heil-Schön	Stadtverordnete	SPD
Herr Jens Kraft	Stadtverordneter	SPD
Herr Günter Pohl	Stadtverordneter	SPD
Herr Rolf-Georg Pross	Stadtverordneter	SPD
Herr Klaus Breidsprecher	Stadtverordneter	CDU; i.V.f. Stv. Beck
Herr Werner Gerhardt	Stadtverordneter	CDU
Herr Christian Sarges	Stadtverordneter	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Jürgen Weigel	Stadtverordneter	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Hermann Spory	Stadtverordneter	FW
Herr Thomas Meißner	Stadtverordneter	FDP

vom Magistrat

Herr Norbert Kortlücke	Stadtrat
Frau Dr. Ulrike Göttlicher-Göbel	Stadträtin
Herr Karlheinz Kräuter	Stadtrat
Herr Günter Schmidt	Stadtrat

von der Verwaltung

Frau Dr. Jutta
Biermann
Herr Dr. Thilo Klein
Herr Tobias Wein
Herr Karl-Ernst
Schaub
Herr Dirk Hübner

Amt für Umwelt und Naturschutz
Amt für Umwelt und Naturschutz
Rechtsamt
Planungs- und Hochbauamt
Personal- und Organisationsamt

Abwesend:

vom Büro der Stadtverordnetenversammlung

Herr Gerner, als Schriftführer
Frau John

außerdem waren anwesend

Herr Becker, Seniorenrat
Herr Stein, Geschäftsführer enwag
Mitglieder des Umwelt-, Verkehrs- und Energieausschusses

AV N o a c k eröffnete die 21. Sitzung des Bauausschusses, begrüßte die Anwesenden und stellte fest, dass gegen die Form und Frist der Einladung keine Einwendungen erhoben wurden und dass der Ausschuss mit 11 Mitgliedern beschlussfähig ist.

Die Ausschussmitglieder bestätigten einstimmig die nachstehende

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Energie- und Klimaschutzprojekt für Aßlar, Solms und Wetzlar -
Kenntnisnahme, erste Umsetzungsschritte und Zieldefinition für Wetzlar
Vorlage: 1449/13**
- 2 Ergänzung Lahnuferweg im Bereich Hintergasse
Vorlage: 1439/13**
- 3 Mitteilungen, Anfragen, Niederschrift vom 18.04.2013**
- 4 Verschiedenes**
- 5 Bahnhof und Busbahnhof Wetzlar
- Sachstandsbericht -**
- 6 Kalsmunt Wetzlar
- Sachstandsbericht -**

Öffentlicher Teil

zu 1 **Energie- und Klimaschutzprojekt für Aßlar, Solms und Wetzlar - Kenntnisnahme, erste Umsetzungsschritte und Zieldefinition für Wetzlar** Vorlage: 1449/13

Der Ausschussvorsitzende hieß Herrn Matthias Reichmuth vom Leipziger Institut für Energie GmbH willkommen, der zur Vorstellung des Endberichtes eingeladen worden war.

Herr R e i c h m u t h ging in der **Einleitung** seiner Power-Point-Präsentation auf den Hintergrund, die Projektziele des EKK, Organisation und Projektverlauf sowie auf die Struktur des Endberichts ein. Inhalte seiner weiteren Ausführungen waren

- **Zentrale Ergebnisse** (unterschiedliche Optionen mit Trend-, Aktiv- und Optimalszenario): Für die künftige Entwicklung soll als Ziel für die Stadt Wetzlar das Optimalszenario angestrebt werden. Darüber hinaus erfolgten Informationen zum Endenergieverbrauch nach Verbrauchssektoren, Entwicklung der CO₂- Emissionen sowie Anteil erneuerbarer Energien im Wärmesektor (alle Angaben für die Stadt Wetzlar bezogen auf die Jahre 1990 - 2011 - 2022), Investitionskosten nach Maßnahmen und wesentliche Kennziffern.

- **Handlungsschwerpunkte**: Maßnahmen Energieerzeugung (Wind-/Wasserkraft, Biomasse und Photovoltaik), Maßnahmenkatalog „Private Haushalte“ sowie „Industrie/GHD“ und Einsparungen bei städtischen Liegenschaften.

- **Umsetzungsprozess**: Leitlinien, Steuerung und Instrumentenkatalog als Hilfsmittel

- **Fazit**: Wichtigste Erkenntnisse und Schlussfolgerungen (siehe S. 48/49 der Präsentation)

Die Unterlagen der Präsentation des Leipziger Instituts für Energie GmbH sind der Niederschrift als **Anlage 1** beigelegt.

Stv. D r o ß erkundigte sich, ob der prozentuale Anteil an der Stromerzeugung der Stadt Wetzlar über regenerative Energien 1,0 % oder 1,7 % (S. 19 des Endberichtes) betrage. Herr R e i c h m u t h teilte zur Niederschrift mit, dass der Wert von 1,0 % Stromerzeugung aus örtlich erzeugten, erneuerbaren Energien für Wetzlar stimme. Die Zahl von 1,7 % umfasse zusätzlich die 0,7 % Strom, die örtlich auf Basis von Erdgas-KWK-Anlagen produziert werden; diese seien somit zwar örtlich erzeugt, aber nicht erneuerbar.

Stv. D r o ß vermisste im Endbericht das Thema „Verbrauchsabhängige Tarifgestaltung“. Herr R e i c h m u t h begründete dies mit dem erforderlichen und kostenintensiven Einbau von Haushaltszählern, die nicht nur einmal im Jahr abgelesen werden, sondern kontinuierlich ablesbar sind. Das Institut sei im Konzept davon ausgegangen, dass der Stromverbrauch zwar während der Tageszeiten schwanke, sich aber nicht in der Summe ändere.

Stv. D r o ß vertrat die Auffassung, dass die „Solarthermie“ nicht ausreichend behandelt worden sei. Herr R e i c h m u t h bestätigte die Notwendigkeit dieser Form der Warmwasserbereitung für den öffentlichen Sektor. Gemessen an dem Gesamtenergieverbrauch, was Heizung und Warmwasser in den Gebäuden angehe, habe man jedoch eine Pauschalisierung vornehmen müssen.

Herr R e i c h m u t h teilte auf Nachfrage des Stv. D r o ß ergänzend zur Niederschrift mit, dass zum Jahresende 2011 der Kennwert „Ausbau Photovoltaik“ für Wetzlar 124,2 Watt/pro Einwohner betragen habe (alle 4 Städte 174 W/Ew. - Bundesdurchschnitt 303 W/Ew).

StR K r ä u t e r bemängelte eine unzureichende Einbindung der Industrie in den externen Kommunikationsprozess und bewertete das Fehlen der größten Verbraucher/Energierückgewinner als einen Nachteil für Wetzlar. Herr R e i c h m u t h erklärte, dass die Industrie sowie die IHK zu den Workshops eingeladen worden und zum Teil vertreten gewesen seien. Man habe die Industrieunternehmen im Prozess nicht außen vor gelassen.

Stv. W e i g e l wies darauf hin, dass ein großer Teil der Einsparmöglichkeiten bei den Privathaushalten liege. Man müsse darauf achten, dass diese qualifiziert beraten werden und sinnvoll investieren.

Stv. B r e i d s p r e c h e r erkundigte sich, wieviel Windkraftanlagen (WKA) auf dem Gebiet der Stadt Wetzlar vorgesehen seien. Herr R e i c h m u t h erläuterte, dass man ungefähr auf 5 Hektar Fläche 1 MW Windenergie installieren könne, d. h. bei 2 MW-Anlagen könne pro 10 Hektar ein solches Windrad aufgebaut werden.

StR K o r t l ü k e konkretisierte, dass bei der Planung der Vorranggebiete nordwestlich von Blasbach und angrenzend an Aßlar von ca. 7 WKA auszugehen sei. Sollten zusätzlich die Vorbehaltsgebiete im Teilregionalplan Energie berücksichtigt werden, könne sich diese Zahl verdoppeln.

Stv. W o l f bat um Auskunft, ob das „Energiezentrum“ auch bei einem externen Büro angesiedelt sein könne. Herr R e i c h m u t h führte aus, dass es prinzipiell diese Möglichkeit gebe, jedoch führe die kommunale Verantwortung zu einer größeren Unabhängigkeit gegenüber bestimmten wirtschaftlichen Interessen.

Stv. Dr. I h m e l s ging in seinen Ausführungen auf die unbefriedigende Abwärmesituation in Wetzlar ein. Falls die Abwärme sich nicht in nennenswertem Umfang für Wohnenergie einsetzen lasse, müsse es möglich sein, diese gemeinsam mit den Industriebetrieben für die Stromerzeugung zu nutzen. Herr R e i c h m u t h bezeichnete die Erzeugung von Strom aus Wärme als ineffektiv.

Stv. S a r g e s wünschte sich im Hinblick auf den hohen Energiebedarf von Edelstahl Buderus und der ungünstigen Eigenenergiegewinnung mehr Transparenz in der Statistik, um die Bürger stärker zu motivieren. Herr R e i c h m u t h wies darauf hin, dass dort der Sektor „Haushalte“ getrennt von der „Industrie“ ausgewiesen sei.

Stv. B r e i d s p r e c h e r beurteilte die evtl. Einrichtung von Stellen eines Energie- und Klimaschutzmanagers sowie einer Sekretärin im „Energiezentrum“ kritisch. StR K o r t l ü k e wies auf die Personalkostendeckelung zum Haushalt 2013 hin, daher werde die zeitlich befristete Besetzung einer Managerstelle angestrebt, die in den ersten 3 Jahren mit 65 % Bundesmitteln gefördert werde. Eine zweite Stelle sehe er derzeit nicht.

Stv. M e i ß n e r vermisste Angaben zum Thema „Energiespeicherung“ und benannte als Beispiel das Pumpspeicherkraftwerk Leun. Herr R e i c h m u t h legte dar, dass diese effizienteste Methode der Speicherung Bestandteil des Konzeptes sei.

Stv. G e r h a r d t bewertete es als einen Fehler, dass das „Energiezentrum“ mit einem Energie- und Klimaschutzmanager nicht bei der enwag angesiedelt werde. StR K o r t l ü k e erklärte, dass man sich für eine neutrale Instanz innerhalb der Stadtverwaltung entschieden habe, um den Umsetzungsprozess vollständig im Blick zu behalten.

Nach Abschluss von Wortmeldungen anlässlich der Vorstellung des Endberichtes rief AV N o a c k die Vorlage DS 1449/13 - I/315 auf.

StR K o r t l ü k e begründete die 4 Teilbereiche des Beschlussantrages:

- Kenntnisnahme des Endberichtes zum EKK
- Verankerung einer zentralen Steuerung (Energiezentrum)
- Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen den beteiligten Kommunen
- Optimal-Szenario als Ziel der Stadt Wetzlar für die künftige Entwicklung bis zum Jahr 2022

Stv. H e d d e r i c h teilte mit, dass er sich wegen Gesprächsbedarf mit seiner Fraktion der Stimme enthalten werde.

StR K o r t l ü k e benannte auf Nachfrage des Stv. Breidsprecher die konkreten Ziele der Stadt Wetzlar bis 2022 („Optimal-Szenario“ - Ziffer 4 der Begründung zum Beschlussantrag).

StR K o r t l ü k e beantwortete eine Frage des Stv. S c h n e i d e r a t nach dem Ausschreibungstext der Stelle des Energie- und Klimaschutzmanagers (Master) und die Eingruppierung nach EG 11 TVöD. Der mit der Eingruppierung dargestellte Betrag von ca. 70.000 € sei bruttobezogen als Größenordnung zu verstehen. Der Master-Abschluss könne als Qualifikation in die Ausschreibung aufgenommen werden.

Abstimmung: 7.0.4

zu 2 Ergänzung Lahnuferweg im Bereich Hintergasse **Vorlage: 1439/13**

Stv. W o l f erläuterte, dass sich im Bereich Hintergasse, von der Pontonbrücke bis zur Alten Lahnbrücke, noch einige Privatgrundstücke befinden, die zur Vervollständigung des Lahnuferweges benötigt würden. Der Magistrat solle in Kontakt mit den Eigentümern der Lahnufer-Grundstücke treten, um über den Ankauf von Grundstücksteilen zu verhandeln. Da sich die Eigentümerstruktur mittlerweile geändert habe, sei in den Gesprächen mit Erfolg zu rechnen. Ein durchgängiger Radweg sei bei Erwerb der Grundstücke möglich.

zu 3 Mitteilungen, Anfragen, Niederschrift vom 18.04.2013

Mitteilungen

Errichtung einer Fußgängersignalanlage in der Siechhofstraße

StR **K o r t l ü k e** nahm Bezug auf die Anfrage des Stv. Pohl in der Sitzung des Bauausschusses vom 18.04.2013 und verlas eine Stellungnahme des Fachamtes (**Anlage 2** der Niederschrift). Stv. **P o h l** stellte fest, dass die Antwort sich nur auf das Solarmodul beziehe, nicht aber auf die Frage der technischen Umsetzung mit einer sog. „Schlafampel“, die nur bei Bedarf in Anspruch genommen werde. StR **K o r t l ü k e** sagte zu, die Information nachzureichen. Dies mache nur Sinn, bevor die Anlage in Betrieb genommen werde, so Stv. **P o h l**.

Beschilderung Bahnhof Westseite

StR **K o r t l ü k e** bezog sich auf die Anfrage des Stv. Wolf in der letzten Sitzung des Bauausschusses und informierte über den Inhalt einer Stellungnahme des Fachamtes. Demnach seien die Hinweise auf Änderung der Gleisnutzung noch nicht entbehrlich, da sich baustellenbedingt immer wieder temporäre Änderungen ergeben können. Eine endgültige Beseitigung der Beschilderung erfolge nach Ende der noch laufenden Baumaßnahmen voraussichtlich Mitte September 2013.

Beschilderung Alte Lahnbrücke

StR **K o r t l ü k e** beantwortete die Anfrage des Stv. Pohl aus der Sitzung des Bauausschusses vom 18.04.2013. Das Fachamt habe mitgeteilt, dass die Wegeföhrung für die Fußgängerumleitung aus beiden Richtungen inzwischen nachgebessert worden sei.

Beschilderung Barfüßer Straße/Steighausplatz

Auf Anfrage des Stv. Wolf in der vergangenen Sitzung des Bauausschusses gab StR **K o r t l ü k e** zur Kenntnis, dass es sich bei dem bemängelten Hinweis nicht um ein offizielles Verkehrszeichen handele. Die Beschilderung sei nicht Bestandteil der verkehrsrechtlichen Anordnung, sondern eine Anordnung von Dez. III.

Bruchsteinmauer Hausertorstraße

StR **K o r t l ü k e** nahm Bezug auf die Anfrage des Stv. Pohl in der Sitzung des Bauausschusses vom 21.03.2013. Eine örtliche Besichtigung durch das Fachamt habe erge-

ben, dass auf einem ca. 3 Meter langen Abschnitt des oberen halbzyklrischen Abschlusses der Einfriedigung einige Steine aus dem Natursteinmauerwerk fehlen. Bei dem Orts-termin sei der Bevollmächtigte des Grundstückseigentümers angetroffen worden. Dieser habe zugesagt, innerhalb kurzer Zeit den Zustand wiederherzustellen und auch den inzwischen aufgekommenen Bewuchs zu entfernen.

Anfragen

Keine Wortmeldungen.

Niederschrift vom 18.04.2013

Auf Hinweis der Stv. H e i l - S c h ö n wird **TOP 10 - Errichtung einer Fußgängersignalanlage in der Siechhofstraße in Höhe Einmündung Fröbelstraße** - wie folgt geändert:

„Stv. P o h l beurteilte die technische Umsetzung der Fußgängersignalanlage kritisch. Es wäre eine Überprüfung wert gewesen, an dieser Stelle ggf. eine Schlafampel zu installieren, die nur bei Bedarf benötigt werde, insbesondere während der Schul- und Kindergartenzeit. Darüber hinaus stelle sich die Frage, ob anstelle des öffentlichen Stromanschlusses ein Solarmodul ausgereicht hätte, um die Ampel in Betrieb zu setzen. StR S e m l e r sagte Prüfung zu.“

Die Niederschrift wurde mit o. g. Änderung ohne weitere Wortmeldungen genehmigt.

zu 4 Verschiedenes

Keine Wortmeldungen.

zu 5 Bahnhof und Busbahnhof Wetzlar - Sachstandsbericht -

StR Kortlüke berichtete, dass die P+R-Anlage Ende Juli fertiggestellt werde und die Maßnahme nach Umsetzung von zwei Dächern durch die DB AG im August 2013 komplett abgeschlossen sei.

**zu 6 Kalsmunt Wetzlar
- Sachstandsbericht -**

StR Kortlüke teilte mit, dass es zur Zeit keinen neuen Sachstand gebe.

Der Ausschussvorsitzende:

Der Schriftführer:

Noack

Gerner